

II— 4152 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN, am 9. August 1978

Zl. 802.02/24-II.7/78

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten  
zum Nationalrat Dr. Ettmayer und Ge-  
nossen betreffend österreichische  
Initiativen im Rahmen des Korbes 2  
der KSZE (Nr.2042/J)

1957/AB

1978 -08- 14

zu 2042/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ettmayer und Genossen haben am 7. Juli 1978 unter der Nummer 2042/J an mich eine schriftliche Anfrage betreffend österreichische Initiativen im Rahmen des Korbes 2 der KSZE gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1) Auf Grund welcher Kriterien sollten gerade in den Bereichen Energiepolitik, Kreditpolitik und Binnenschifffahrt österreichische Initiativen ergriffen werden?
- 2) Mit welchen innerstaatlichen Stellen wurden diese Initiativen abgesprochen?
- 3) Was war der Erfolg dieser Initiativen, insbesondere jener betreffend die gesamteuropäische Kreditpolitik?
- 4) Wie kann erklärt werden, dass Schweizer Vorschläge von Experten-Gremien weiterbehandelt werden, die österreichischen Vorschläge jedoch nicht?
- 5) Welche konkreten Schritte werden von Österreich unternommen, um die Bereiche Energiepolitik, Kreditpolitik und Binnenschifffahrt weiter zu verfolgen?

- 2 -

6) Welche bilateralen Kontakte wurden aufgenommen, um die österreichischen Initiativen erfolgreich abzuschliessen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1): Unter Berücksichtigung der Dauer sowie der Aufgaben und Möglichkeiten des Belgrader KSZE-Folgetreffens musste auch im Bereich des sogenannten Korbes 2 der KSZE-Schlussakte eine Auswahl unter verschiedenen möglichen österreichischen Initiativen getroffen werden.

Als Kriterien dafür wurden insbesondere das österreichische Eigeninteresse, die Übereinstimmung mit der Schlussakte und die Aussicht herangezogen, durch gesamteuropäische Zusammenarbeit aller KSZE-Teilnehmerstaaten in bestimmten Bereichen von allgemeinem Interesse zur Stärkung des Entspannungsprozesses und zur weiteren Verwirklichung der Schlussakte beizutragen.

Diesen Überlegungen entsprachen die österreichischen Vorschläge betreffend ein gesamteuropäisches Binnenwasserstrassenkonzept und zur Intensivierung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit auf dem Energiesektor.

Österreich ist als zentrales Transitland und Energieimporteur von diesen Fragen direkt berührt und könnte aus Fortschritten in diesen Bereichen Nutzen ziehen. Darüber hinaus wird heute allgemein die Ansicht vertreten, dass Energieprobleme nur im grossen Rahmen gelöst werden und auch Verkehrsprobleme - wie z.B. das der Binnenschifffahrt, welcher durch die zunehmende internationale Handelsverflechtung stets wachsende Bedeutung zukommt - sinnvoll nur in einem grösseren Zusammenhang behandelt werden können.

Die anhand dieser Kriterien vorgenommene Untersuchung von Möglichkeiten einer gesamteuropäischen Lösung des zwischenstaatlichen Kreditproblems führte dagegen zur Erkenntnis, dass eine derartige Initiative nicht im österreichischen Interesse gelegen wäre und auch keine Aussicht auf die erforderliche Zustimmung aller KSZE-Teilnehmerstaaten gehabt hätte; aus diesem Grund wurde von einer Einbringung in Belgrad Abstand genommen.

- 3 -

Zu 2): Die Energie- und die Binnenschiffahrtsinitiative wurden mit den jeweils zuständigen österreichischen Stellen, nämlich dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesministerium für Verkehr abgesprochen.

Zu 3): Die österreichischen Initiativen sahen zur Erreichung der gewünschten verstärkten Zusammenarbeit pragmatische Mittel vor, nämlich Expertengespräche, die zunächst die möglichen Gebiete und Formen einer verstärkten Zusammenarbeit bzw. die Möglichkeit der Ausarbeitung eines gesamteuropäischen Binnenwasserstrassenkonzeptes prüfen und darüber Vorschläge erstatten sollten. Sie unterschieden sich somit schon in prozeduraler Hinsicht von den sowjetischen Vorschlägen zur Abhaltung gesamteuropäischer Konferenzen auf hoher Ebene.

Beide österreichischen Vorschläge wurden von zahlreichen Delegationen mit Interesse aufgenommen.

Besonders der Energievorschlag hatte gute Aussichten, als Kompromissvorschlag in das abschliessende Dokument des Belgrader Treffens einzugehen.

Etwas weniger günstig lagen die Aussichten bei der Binnenwasserstrassen-Initiative; zwar wurde auch dieser Gedanke allgemein als sehr interessant bezeichnet, doch wollten einige Staaten mehr Zeit, um alle Auswirkungen dieses Vorschlages einer genauen Prüfung unterziehen zu können.

Auf Grund des allgemeinen Verlaufes des Belgrader Treffens wurden jedoch in das abschliessende Dokument keinerlei substantielle Aussagen über weitere Initiativen und Impulse zur Verwirklichung der Schlussakte aufgenommen, sodass die österreichischen Initiativen - ebenso wie die von anderen KSZE-Teilnehmerstaaten vorgelegten Vorschläge - keinen Niederschlag im kurzen abschliessenden Dokument fanden. Über Verlauf und Ergebnisse des Belgrader KSZE-Folgetreffens habe ich dem Nationalrat bereits einen ausführlichen Bericht zugeleitet.

Die sehr eingehende Diskussion der österreichischen Vorschläge durch das Belgrader Folgetreffen enthält jedenfalls insofern ein positives Element, als dadurch das Bewusstsein

- 4 -

um die Dringlichkeit dieser Fragen geweckt oder verstärkt wurde, was sich auf ihre künftige Behandlung vorteilhaft auswirken kann.

Zu 4): Die Schweiz hat, abgesehen von einigen gemeinsam mit den anderen Neutralen bzw. den neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten eingebrachten Vorschlägen, die wie alle anderen Vorschläge keine Berücksichtigung im abschliessenden Dokument fanden, nur zwei eigene Initiativen vorgelegt.

Über den Vorschlag zur Einsetzung eines Expertentreffens zwecks Ausarbeitung einer gesamteuropäischen Konvention über die Arbeitsbedingungen der ausländischen Journalisten und betreffend Massnahmen zur weiteren Verbreitung gedruckter Information konnten die KSZE-Teilnehmerstaaten in ihren Belgrader Beratungen keinen Konsens erzielen.

Der zweite schweizerische Vorschlag betreffend ein Expertentreffen über Methoden zur friedlichen Regelung von Streitfällen scheint hingegen nur deshalb im abschliessenden Dokument auf, weil die Entscheidung zur Einberufung des Expertentreffens bereits in der KSZE-Schlussakte selbst enthalten ist und in Belgrad lediglich das Datum für das erstmalige Zusammentreten festgelegt wurde.

Unterschiede in der künftigen Weiterbehandlung von in Belgrad eingebrachten Vorschlägen Österreichs und der Schweiz (bzw. anderer Teilnehmerstaaten) sind deshalb entgegen der in der Anfrage zum Ausdruck kommenden Auffassung nicht gegeben.

Zu 5): Die Energieinitiative wird österreichischerseits im Rahmen der ECE weiterverfolgt. Dies ist zuletzt bei der 33. Plenartagung im Frühjahr dieses Jahres geschehen. Die gesamteuropäische Energieproblematik steht schon seit einiger Zeit auf der Tagesordnung dieser Organisation, sodass dort eine weitere Bearbeitung längerfristig am zielführendsten scheint.

Für die künftige Erörterung des österreichischen Konzeptes eines möglichen gesamteuropäischen Binnenwasserstrassennetzes scheinen dagegen augenblicklich bilaterale Kontakte zweckmässiger.

./.

- 5 -

Zu 6): Die Initiativen betreffend Binnenschifffahrt und Energie waren durch die österreichischen Missionschefs in den KSZE-Teilnehmerstaaten schon vor Einbringung in Belgrad unter Überreichung eines Aide Mémoire angekündigt und ausführlich erläutert worden. Angehörige des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten legten ausserdem die Binnenschifffahrtsinitiative den am meisten davon berührten Teilnehmerstaaten mündlich dar. Darüber hinaus wurde jede Gelegenheit wahrgenommen, um bei Kontakten mit zuständigen ausländischen Regierungsmitgliedern für die österreichischen Initiativen einzutreten.

Die österreichischen Anstrengungen konzentrieren sich zur Zeit darauf, in bilateralen Kontakten an konkreten Massnahmen zum schrittweisen Ausbau des europäischen Binnenwasserstrassennetzes im österreichischen Interesse mitzuwirken.

Der Bundesminister  
für Auswärtige Angelegenheiten:

